



Deutscher Gewerkschaftsbund – DGB-Kreis Marburg
Bahnhofstraße 6, 35037 Marburg



SPD Unterbezirk Marburg-Biedenkopf
SPD Stadtverband Marburg
Frankfurter Straße 47, 35037 Marburg

Am 20. Mai haben Vertreter des Unterbezirks Marburg-Biedenkopf der SPD, des SPD-Stadtverbands Marburg sowie der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Sören Bartol mit Vertretern des DGB Kreises Marburg die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt im heimischem Raum erörtert. Der sozialdemokratischen Seite war dabei wichtig, die Erkenntnisse und die Perspektive der Gewerkschaften aus erster Hand zu erfahren. Der DGB hat es sehr begrüßt, dass die heimische SPD den gewerkschaftlichen Ansätzen eine hohe Bedeutung zumisst.

Aus Anlass des Treffens haben DGB und SPD folgende Erklärung verabschiedet:

Instrument der Qualifizierung in der Kurzarbeit nutzen und Arbeitslosigkeit vermeiden

SPD und DGB unterstützen Vorschläge für einen Runden Tisch

Mit Sorge sehen der DGB und die SPD, dass die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise auch im heimischen Raum immer deutlicher sichtbar werden. Die angekündigten Entlassungen bei der Firma Winter in Stadtallendorf und bei anderen Unternehmen sind deutliche Alarmsignale. Arbeitslosigkeit belastet die Betroffenen und ihre Familien, und jeder Tag der Arbeitslosigkeit macht einen Wiedereinstieg in Beschäftigung schwieriger.

Umso mehr ist es wichtig, dass auch die heimischen Unternehmen alles daran setzen, die Entlassung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu vermeiden. Die Gewerkschaften und die SPD sind sich einig, dass die Instrumente, die die Bundesregierung über die Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt hat, auch vor Ort, im Kreis Marburg-Biedenkopf, noch stärker genutzt werden können. Im Rahmen des 2. Konjunkturprogramms hat die Bundesregierung 50 Millionen Euro für Qualifizierung in der Kurzarbeit bereitgestellt. So sollen 50 % des bislang von dem Arbeitgeber zu zahlenden Sozialversicherungsbeitrags von der Agentur für Arbeit getragen werden. Bei Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer während der Kurzarbeit können auch die übrigen 50 % - d. h. 100 % - der Arbeitgeberkosten der Sozialversicherungsbeiträge von der Agentur übernommen werden. Bisher nahmen leider erst 25 Teilnehmer im Einzugsbereich der Arbeitsagentur Marburg an diesem Programm teil.

Hier besteht die Chance von Bildungsträgern mit ihren Qualifizierungsmaßnahmen an die lokalen Unternehmen und Betriebe heranzutreten, in denen Kurzarbeit angemeldet wurde oder stattfindet. Gleichzeitig muss in den Betrieben der Qualifizierungsbedarf der Beschäftigten ermittelt werden. So besteht eine reale Möglichkeit Entlassungen in der Region zu verhindern. Es wäre gegenüber den Beschäftigten verantwortungslos, wenn Unternehmen aus Unkenntnis oder fehlendem Interesse Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Arbeitslosigkeit schicken, anstatt bereits in der Krise in die Zukunft zu investieren.

Die SPD unterstützt den Vorschlag der Gewerkschaften, auf Kreisebene einen Runden Tisch einzurichten, dessen Aufgabe sein sollte, die Entwicklungen auf dem lokalen Arbeitsmarkt zu beobachten und zu analysieren sowie Hilfestellung bei konkreten Problemen vor Ort und bei einzelnen Betrieben zu leisten. An diesem Runden Tisch sollten Vertreter der Gewerkschaften, der Unternehmerverbände, der Politik, der Kommunen, der Kammern, der Kirchen, der Sozialverbände und der Bundesagentur für Arbeit beteiligt sein, um gezielt Informationen zusammenzutragen und Gegenstrategien entwickeln und umsetzen zu können.

Marburg, 20. Mai 2009